

**Änderungssatzung zur Satzung über den Anschluss an die öffentliche
Wasserversorgungsanlage und die Versorgung
der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung – WVS)
der Stadt Löffingen**

Aufgrund von § 44 Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG), §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2, 8 Abs. 2, 11, 13, 20 und 42 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Stadt Löffingen am 16.12.2021 folgende Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung vom 08.08.2007, zuletzt geändert am 24.09.2019 beschlossen:

§1

§ 43 Absatz 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:

§ 43

Grundgebühr

(1) Die Grundgebühr wird gestaffelt nach der Zählergröße erhoben (Zählergebühr). Sie beträgt bei Wasserzählern mit einer Nennggröße von:

Größe Q ₃ 2,5 (1,5 Q _n)	2,50 Euro/ Monat
Größe Q ₃ 4 (2,5 Q _n)	3,10 Euro/ Monat
Größe Q ₃ 10 (6 Q _n)	6,60 Euro/ Monat
Größe Q ₃ 16 (10 Q _n)	10,40 Euro/ Monat
Größe Q ₃ 25 (DN 50)	27,10 Euro/ Monat
Größe Q ₃ 63 (DN 80)	48,20 Euro/ Monat

§ 44 Abs. 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:

§ 44

Verbrauchsgebühren

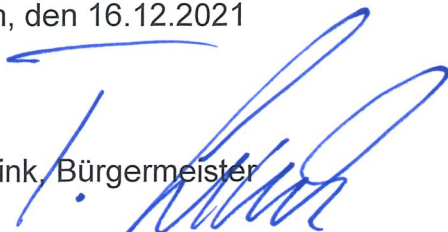
(1) Die Verbrauchsgebühr wird nach der gemessenen Wassermenge (§ 45) berechnet. Die Verbrauchsgebühr beträgt pro Kubikmeter 2,69 Euro/ m³ Frischwasser.

§ 2**In-Kraft-Treten**

Die Änderung dieser Satzung tritt zum 01.01.2022 in Kraft. Im Übrigen bleibt die Wasserversorgungssatzung vom 08.08.2007 mit den Änderungen vom 08.11.2012, vom 20.06.2013, vom 22.10.2015, vom 26.10.2017 und vom 24.09.2019 in Kraft.

Löffingen, den 16.12.2021

Tobias Link, Bürgermeister



Hinweis: Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, oder aufgrund der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung, wird nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung unbeachtlich, wenn sie schriftlich nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntgabe dieser Satzung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.